

Haushaltsdebatte, Oberbürgermeister – TOP 6.7/Stadtrat 15.03.07

Ich muss mal einige grundsätzliche Ausführungen machen.

Die erste ist die: Wir hatten bis 2004 eine Gemeindeordnung in Sachsen-Anhalt, die besagt hat, dass der § 90 – Allgemeine Haushaltsgrundsätze - in jedem Jahr greift. Wenn das nicht eingehalten wird, gibt es den § 92, nach dem ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen ist. Das, so war es bis 2004, den Haushaltsausgleich spätestens vier Jahre später wieder hergestellt hätte. Wir hatten die erste Lücke im Haushalt 2002, und zwar nicht geplant, sondern die ist eingetreten. Geplant hatten wir einen ausgeglichenen Haushalt und eingetreten waren 13 Millionen minus. Das heißt für uns, wir hätten 2003, 04, 05 und 06 nehmen müssen und spätestens nach vier Jahren wäre das Defizit auszugleichen gewesen, inklusive aller aufgelaufenen Defizite. Dann sind wir 2003 in die Planung gegangen und hatten in der Planung 49 Millionen minus. 2003 war das Jahr, wo unsere Gewerbesteuer um 16 Millionen weniger war als im Jahr 2000. 16 Millionen weniger Gewerbesteuer durch die Steuerreform 2000 und dazu vom Land, bezogen auf 2001, 20 Millionen weniger. Das kam innerhalb von einem Jahr. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, wir haben es nicht geschafft und haben 40 Millionen weniger Einnahmen gehabt. Wir hatten im Haushaltsentwurf 49 Millionen minus. Und da hätte jetzt der Stadtrat und die Verwaltung sagen müssen, das kriegen wir weg. Wir sparen 40 Millionen ein in einem Jahr. Dann wären wir im nächsten Jahr wieder im Ausgleich gewesen. Und zwar so einzusparen strukturell, dass es auf immer weg ist. Und da haben sie gesagt, Oberbürgermeister, leg uns mal was vor und wir gucken dann mal, ob wir dem zustimmen können. Das haben wir gemacht. Wir haben Maßnahmen aufgelegt und haben gespart und haben es bei Weitem nicht geschafft. Wir haben immer noch im Ist über 40 Millionen minus gemacht und hatten schon 62 Millionen minus. Die waren vorzutragen von 2002 auf 2004 plus der neuen Lücke, die wir 2004 immer noch hatten. Also ergaben sich schon 100 Millionen in 2004. Und jetzt war die Frage, wer kriegt die 100 Millionen weg. Wir guckten uns alle an und sagten, kriegen wir nicht hin. Und dann haben Herr Czogalla und ich einen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben mit der Bitte, wir kriegen das nicht hin, das ist nicht zu schaffen bei allem, was man machen kann, was man vertreten kann, um die Stadt am Leben zu erhalten. Wir bitten dich, lieber Ministerpräsident, ändere dein Gesetz mit dem Landtag und schreib dort rein, nicht der Haushalt ist sofort auszugleichen, sondern er soll ausgeglichen werden, wie das schon andere Länder uns vorgemacht haben, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, mit dem wunderbaren Effekt, dass sich dann keiner mehr dranhält und alle sagen, Problem gelöst. Wir können uns weiterhin verschulden, kein Problem mehr da. Das hat der Landtag zum Glück nicht gemacht. Er hat aber folgendes gemacht, er hat gesagt, wir verlängern den Zeitraum um nochmal 5 Jahre. Das heißt jetzt, 2002 erstes Defizit. Ausgleich hätte sein müssen 2011. Da hätte alles weg sein müssen. Da haben wir uns wieder angestrengt und gespart 63 Millionen 2007. Nicht geschafft. Jetzt kommt was ganz Kurioses. Es heißt eigentlich, in dem Zeitraum ist das alles weg zu kriegen und es sind Vorkehrungen zu treffen, um neue Löcher sozusagen gar nicht erst aufkommen zu lassen. So steht es in der Gemeindeordnung drin im § 92. Jetzt macht man Folgendes, man stellt jedes Jahr einen neuen Antrag und sagt, Haushaltskonsolidierung wieder in 10 Jahren. Schon sind wir bei 11 Jahren, 12 Jahren, 13 Jahren. Das hat der Gesetzgeber eigentlich nicht gemeint. Er meinte, in 10 Jahren muss das alles gelöst sein und kein neues Problem darf auftauchen. Wir haben jetzt schon von 2003 bis 2015 12 Jahre Haushaltskonsolidierung.

Und das geht jetzt immer so weiter. Jetzt sage ich, da ist Schluss. Man kann das nicht machen. Wir begeben uns damit auf Dauer in die Abhängigkeit des Landes. Wir sind faktisch nur noch Erfüllungsgehilfen des Landes. Wir können keine eigenen Entscheidungen mehr treffen auf Dauer bis 2015 mit heutigem Stand. Bis 2015 haben wir eigentlich nichts mehr zu entscheiden. Wir führen nur das aus, was man uns sagt. Das ist so. Und da sage ich, das kann nicht sein. Dann brauchen wir niemanden mehr wählen. Dann kann man das sozusagen beim Land gleich laufen lassen. Das macht keinen Sinn. Also muss man Lösungen haben. Und wo liegt das Problem eigentlich in Wirklichkeit? Das liegt darin, dass das ja nicht nur uns betrifft. Es wäre ja kein Problem, wenn es nur Magdeburg wäre. Dann würde man sagen, weg mit dem OB, einen neuen her. Der macht das. In Ordnung. Das liegt ja viel tiefer, Halle, Dessau, aber nicht nur die. Es gibt nur einen Landkreis mit einem ausgeglichenen Haushalt. Es gibt aber hunderte von Gemeinden, die keinen Haushaltsausgleich hinkriegen. Das ganze Land kann nicht mehr gesetzeskonform einen Haushalt aufstellen. Was heißt denn das? Das heißt, die Strukturen des Landes passen nicht. Es wissen im Landtag alle, dass es so ist. Alle Fraktionen wissen, dass es so ist und keiner handelt. Und zwar handelt deshalb keiner, weil sie sich nicht einigen können. Weil die einen sagen, wir müssen das Land beachten und die anderen sagen, wir müssen die großen Städte präferieren und so kriegen wir keine Einigung hin. Sehenden Auges geht der Landtag in das Chaos. Das Land ist eigentlich nicht mehr regierbar, weil hunderte von Kommunen keinen gesetzeskonformen Haushalt aufstellen können. Die kriegen das nicht hin. Wir auch nicht. Und da sage ich, jetzt muss man mal einen Strich ziehen. Das kann so nicht sein. Das kann nicht sein, dass man uns als Bürgermeister in die Gesetzlosigkeit zwingt. Wenn wir keinen Haushalt aufstellen, der gesetzeskonform ist, handeln wir gesetzeswidrig oder auch rechtswidrig. Das haben wir einmal aufgeschrieben an einem konkreten Beispiel und da habe ich noch dagegen gehalten, weil wir damals noch nachweisen konnten, dass wir in der gesetzeskonformen Zeit den Ausgleich wieder hinkriegen können. Und da habe ich gesagt nein, das stimmt nicht, wir können ja nicht alles einstellen, wie wir es jetzt sozusagen machen müssen, und haben nachgewiesen, 2010 haben wir es wieder im Griff. Das können wir jetzt nicht mehr nachweisen. Jetzt sind wir in der Situation, wo wir sagen können, wir kriegen es nicht mehr hin. Und darum ist jetzt alles, was wir tun, rechtswidrig. Diese Liste, Frau Meinicke, ist nur eine Information für Sie. Das ergibt sich jetzt automatisch, da ich gar nicht mehr anders handeln kann.

Jetzt zu Ihrer Philosophie, Herr Brüning, wenn Sie sagen, Sie stimmen dem nicht zu, sage ich ganz locker, machen Sie es nicht, und wenn es alle nicht machen, auch kein Problem. Sie erzeugen aber damit eine Verschlimmerung für die Bürger. Dann geht die vorläufige Haushaltsführung weiter und ich kann keine einzige Baumaßnahme im Neubeginn freigeben, auch mit eigenem Geld nicht mehr. Mir ist untersagt, neue Baumaßnahmen anzufangen, auch keine einzige mehr, die wir ohne Kredit finanzieren. Das geht nicht mehr. Sie verschlimmern das Problem für die Bürger dieser Stadt, wenn Sie nein sagen, ganz eindeutig.

Zu der Frage, wie sind wir eigentlich zu der Verfügung gekommen. Da will ich jetzt mal aus dem Nähkästchen plaudern. Ich bin angerufen worden, nachdem wir zur Anhörung waren, ich glaube, es war der 14. Januar. Wir waren zur Anhörung in Halle. Da hat man uns gesagt, nach der Prüfung der unabweisbaren Vermögenshaushaltsmaßnahmen, welche man nicht anerkennen würde. Das hat nur einen Zweck diese Frage der Unabweisbarkeit der Vermögenshaushaltsmaßnahmen, um uns sozusagen zu beweisen, dass wir keinen Kredit aufnehmen dürfen. Sie hätten auch gleich sagen können, Kredit kriegt ihr nicht. Dann hätten sie die Prüfung gar nicht machen brauchen im Einzelnen.

Das ist die Verfügung, die jetzt drin ist, wir dürfen keinen Kredit aufnehmen. Das hätte man auch festlegen können ohne Prüfung der Unabweisbarkeit. Die ist nur gemacht worden, um zu sagen, da und da können wir es vielleicht doch genehmigen. Und da aber die Summe unter der Grenze liegt, die wir haben, haben sie gesagt, nein, ihr kriegt keine Kredite. Sonst die die Prüfung eigentliche gar nicht notwendig.

Ich bin angerufen worden vor dem Herausschicken der Verfügung vor meinem Urlaub. Da hat das Landesverwaltungsamt das Innenministerium angefragt, um sich abzusichern, sie wollten den Haushalt beanstanden. Da hat mich der Staatssekretär angerufen, was ich davon halte. Da habe ich gesagt, gar nichts. Mir ist eine Genehmigung mit Auflagen lieber, als eine Beanstandung. Und dann gab es eine Abstimmung zwischen Innenministerium und LVwA zu der Verfügung, die wir jetzt haben. Die ist abgestimmt mit dem Innenministerium. Das geringere Mittel als die Beanstandung, damit wir weiter arbeiten können, und die Auflage bekommen haben, bis 30. 6. vorzulegen, was wir beitragen können, um diese Auflagen zu erfüllen. Das heißt, 2010 Null, 2015 alles wieder weg haben. Und da musste ich sagen, das kann ich Ihnen in so kurzer Zeit nicht sagen, sonst hätten wir im Dezember das auch so beschließen können, wenn ich so einfach das Problem lösen könnte. Und da wir das nicht so einfach hinbekommen, bin ich den Weg gegangen, mit dem Land zu besprechen, ob man nicht doch noch Möglichkeiten findet, um einen Teil der Aufgaben uns abzunehmen. Mit Aufgaben meine ich jetzt die Sparmaßnahmen oder die Kürzungsmaßnahmen oder die Einnahmeerhöhungsmaßnahmen. Also, wenn hier heute alle so handeln, wie die PDS das will, wird das Problem verschlimmert für die Bürger der Stadt. Es wird verschlimmert, weil dann gar nichts mehr geht in der Stadt.

Jetzt zu der Problematik Halle im letzten Jahr, Frau Meinicke. Das höre ich sehr gern, diese Aussage von Ihnen. Halle hat im letzten Jahr keinen Haushalt aufgestellt, sondern erst im Dezember. Und da sage ich hier ganz klar, die haben das ganze Jahr gesetzeswidrig gehandelt. Und ich sage dazu, die Kommunalaufsicht hat zugeguckt, das Innenministerium hat zugeguckt, dass es so gemacht worden ist. Das macht Schule im Land. In diesem Jahr ist in Dessau am 22. April Wahl. Was machen die Kollegen in Dessau? Fragen Sie mal die Fraktionskollegen. Die sagen, Wahl. Wir stellen gar keinen Haushalt auf, viel zu gefährlich. Da müssen wir irgendwelche Maßnahmen beschließen, die den Bürgern wehtun. Machen wir nicht. Man begibt sich in einen Zustand, wo große Städte gesetzeswidrig handeln. Ganz eindeutig. Das mache ich nicht mit, dass ich mich sozusagen persönlich haftbar mache und gesetzeswidrig handele. Da habe ich gesagt, mit mir nicht. Wir haben den Haushalt aufgestellt und haben jetzt die Auflagen. Und die Auflagen sind weniger schädlich als die vorläufige Haushaltsführung. Wenn in Halle und in Dessau im Moment das, was ich gesagt habe, gemacht wird, setzen sich die beiden Bürgermeister der Problematik aus, verklagt zu werden, ganz eindeutig. Wenn irgend jemand böswillig sagt, ich verklage den, ist der dran. Dann zahlt der es aus seiner persönlichen Kasse. Das ist der Zustand der vorläufigen Haushaltsführung. Da darf man weniger machen als in der Phase der Genehmigung mit Auflagen. Und die Auflage heißt jetzt Haushaltssperre. Die Haushaltssperre heißt, ich kann selbst festlegen, was in der Stadt unter den Rahmenbedingungen des Gesetzes machbar ist und was nicht. Ich und nur ich. Da können Sie traurig sein, aber es ist so.

Das brauchen Sie auch nicht zu beschließen. Sie brauchen im Juli nichts beschließen, dann geht das weiter, dann läuft das Verfahren weiter, wie es jetzt ist. Wenn wir bis Juli keinen Beschluss gefasst haben, sage ich Ihnen auch, was dann passiert. Dann kriegen wir aus Halle die Verfügung Beanstandung, Auflage nicht erfüllt, Haushalt beanstandet. Dann geht das Problem weiter. Dann sind wir in der Situation, bis Dezember so zu handeln, wie bis jetzt und können nichts machen. Das ist für Sie und für mich die Situation, die wir nicht auflösen können. Klar ist jedenfalls eines, wenn Sie sich verweigern und sagen, wir machen das nicht, wird das Problem verschlimmert für die Bürger. Das ist so. Dann geht gar nichts mehr. Und wir kriegen das nicht gelöst. Und darum empfehle ich heute nochmal beizutreten und das zu akzeptieren, dass wir jetzt keinen Kredit aufnehmen. Das ist die einzige Formulierung des SPD-Antrags, wir nehmen keinen Kredit auf. Mache ich sowieso nicht. Wir nehmen die VE in der geringeren Größenordnung in Anspruch. Der Rest ist sowieso erfüllt. Den kann man zur Kenntnis nehmen.

Was den Vermögenshaushalt betrifft, da haben wir jetzt eine Größenordnung aufgeschrieben, die mit den Auflagen kompatibel wäre. Es ist aber genauso möglich, Maßnahmen innerhalb der Liste auszutauschen. Aber immer unter dem Aspekt, es müssen Maßnahmen sein, die eigentlich unabweisbar sind. Denn wir haben den Haushalt nur aufgestellt, weil wir schon seit Jahren in der Konsolidierungsphase sind, mit unabweisbaren Maßnahmen. Wir haben ja nur unabweisbare hineingeschrieben unserer Meinung nach. Ich habe mir erlaubt in meine Verfügung hineinzuschreiben, ich gebe persönlich neue Maßnahmen frei. Vorher fängt keine einzige an. Ich prüfe die nochmal alle, welche ich davon freigebe. Und ich lasse Ihnen jetzt noch vier Wochen Zeit, darüber zu beraten, ob noch Austausche gemacht werden sollen und gebe bis dahin keine einzige Neubeginnmaßnahme frei. Ich gebe keine frei bis in vier Wochen. Da haben Sie Zeit, das zu beraten und mir noch zu sagen, was Sie noch gerne anders hätten. Und dann entscheide ich aber immer noch, welche ich wirklich freigebe. Weil ich Ihnen eines verspreche, ich nehme in diesem Jahr keinen Kredit auf für den Vermögenshaushalt und ich lege Ihnen nur Haushalte ohne Kreditaufnahme in den nächsten Jahren vor. Das heißt, die mittelfristige Planung, die Sie kennen, für 2008, 09 und 10, die können Sie alle schon herausstreichen im Kopf. Der Plan wird geändert. Es kommen keine Kreditaufnahmen mehr auf Sie zu. Die Schulden werden jetzt kategorisch abgebaut. Und dann wollen wir rangehen und werden die Verwaltungshaushaltslücke abbauen, so schnell wir das können mit Hilfe auch Dritter. Aber Vorschläge von mir für eine Kreditaufnahme, kriegen Sie keine mehr. Wenn Sie die beantragen, können Sie das gerne tun, aber von mir kriegen Sie keine im nächsten Jahr. Ich mache nur noch das, wo wir keinen Kredit aufnehmen müssen und wir bauen Kredite ab. Das heißt, im nächsten Jahr müssen wir schon mal 8, 9, 10 Millionen von der Liste rausstreichen. Das werde ich Ihnen mit dem Haushalt 2008 so vorlegen.

Zur Problematik Umlandgemeinden, Zweckverbände, was man da alles Schönes machen könnte, alle Ideen, die immer wieder vorgetragen werden. Herr Daehre hat ja im Gespräch beim MP auch wieder gesagt, wir machen jetzt den Zweckverband. Und da habe ich gesagt, Herr Minister Daehre, das finde ich so o.k. Das machen wir auch. Wir haben auch freiwillig zugestimmt hier im Stadtrat einstimmig, aber bitte, sagen Sie auch dazu, dass das zur Beseitigung der Finanzprobleme nichts beiträgt. Ich verwahre mich dagegen, noch Vorschläge zu hören, die zur Problemlösung nichts beitragen. Das kann man machen, aber das hat mit unserem Problem nichts zutun.

Durch den Zweckverband haben wir keinen Euro mehr. Wenn man das macht, ist das o.k. Aber es bringt für die Lösung des Problems keinen einzigen Cent. Für diese Problematik ist das keine Lösung. Dann kommt er mit der Problematik Teileingemeindungen von Flächen. Wir könnten ja mit Barleben noch ein neues Gewerbegebiet machen mit leeren Flächen. Das kann man alles machen, aber ist das eine Lösung für das Problem? Wir haben in Barleben leere Flächen und bei uns. Solange die leeren Flächen nicht bebaut sind, bringen sie uns gar nichts, kosten erst mal Geld für die Erschließung. Ein zweiter Vorschlag von Daehre, der nichts bringt. Dann holt er aus der Tasche den Vertrag mit Wasserthal, den wir gemacht haben. Ihr habt doch hier schon so einen Vertrag gemacht. Warum wollt ihr den Wasserthal eingemeinden. Will ich gar nicht. Den haben wir alleine gemacht den Vertrag, aber der bringt Ertrag aus Gewerbesteuern vielleicht in 8 bis 10 Jahren. Wir reden jetzt von 2007, 08, 09 und 10. Also bitte, wenn Sie den Vorschlag machen, Herr Minister Daehre, sagen Sie auch dazu, dass der finanziell nichts zur Problemlösung beiträgt. Man kann das alles tun, aber es hat mit dem Problem nichts zutun. Wir müssen jetzt im Haushalt 20 Millionen einsparen, kürzen oder Mehreinnahmen erzielen. Und mit diesen Maßnahmen ist das nicht machbar. Das weiß auch er. Und er wird das morgen auch wieder erzählen, dass man damit Probleme lösen kann. Glauben Sie mir, es ist nicht machbar.

Wir haben in der Diskussion zum Zweckverband immer wieder Vorschläge gemacht auf Anregungen der PDS-Fraktion und von anderen Fraktionen, weitere Maßnahmen mit in den Zweckverband zu packen. Es ist Punkt für Punkt per Protokoll alles abgelehnt worden von den Gemeinden. Und jetzt gibt es einen Zwangszweckverband per Gesetz. Der hat nur eine Aufgabe, den Flächennutzungsplan. Damit kann man kein Geld verdienen. Andere Aufgaben können nicht mehr hineingepackt werden, weil die Kommunen das nur noch freiwillig machen könnten. Und darum gibt es nur einen Punkt, der was bringt, das wäre die Eingemeindung. Die kann auch freiwillig passieren. Und ich kann Ihnen die Zahlen sagen, die im Gespräch beim MP vorgetragen wurden, was das bringen würde, die Eingemeindung von Barleben. Es ist ausgerechnet worden, und zwar von der höchsten Instanz im Land Sachsen-Anhalt, vom Statistischen Landesamt, ganz exakt und genau 21 Millionen für Magdeburg, 8 Millionen für Halle und 3 Millionen für Dessau. Nur die Eingemeindung von Barleben, weil, wenn sie eingemeindet wären, würden wir weniger allgemeine Zuweisung kriegen, die würde nach Halle und Dessau fließen. Das heißt, wir hätten 21 Millionen mehr, Halle hätte 8 Millionen mehr und Dessau 3 Millionen mehr.

Und der Landkreis, jetzt kommt das Argument des Landkreises. Natürlich würde der Landkreis Ohrekreis der Leidtragende sein. So ist das. Jetzt kommen wir zu dem leidtragenden Ohrekreis und der leidtragenden Stadt Magdeburg. Sie wissen alle genau, dass die Gewerbesteuer in Magdeburg von einem großen Gewerbesteuerzahler seit 2002 in den Ohrekreis geflossen ist. 12 Millionen Gewerbesteuern nicht mehr gezahlt in Magdeburg seit 2002 und in den Ohrekreis gezahlt über Barleben. Ich habe keinen Gewerbesteuerzahler genannt. Ich nenne auch keinen, weil ich keine Steuergeheimnisse verraten darf. Das werde ich auch nicht tun. Was Sie wissen, ist Ihr Problem. Ich spreche keinen Gewerbesteuerzahler an. Ich sage nur, wenn man das addiert 2001, 02, 03, 04, 05, 06 und 07, sind das 84 Millionen. 84 Millionen bei uns nicht eingezahlt, ist die Hälfte unserer Haushaltslücke von 176 Millionen. Und diese 84 Millionen, modifiziert weil der Hebesatz dort anders ist, sind über Barleben in den Ohrekreis geflossen.

Barleben zahlt als Steuerumlage, Kreisumlage an den Ohrekreis 13 Millionen pro Jahr. Zitat am 7. März in der Volksstimme in Haldensleben von Herrn Keindorf, das können Sie nachlesen: Das Geld wäre nur schlecht angelegt, wenn es nach Magdeburg fließen würde. Sinnvoll ist es nur verwendbar im Ohrekreis. Das kann man nachlesen in der Volksstimme vom 7. März in der Haldensleber Ausgabe. Das mal zu den Fakten, damit jeder mal weiß, von welchen Fakten wir eigentlich reden und um was es geht und darum, Herr Franke, tut es mir überhaupt nicht leid, wenn der Ohrekreis darunter leidet, weil wir haben 7 Jahre darunter gelitten. Das sage ich mal so ganz deutlich. Also von daher, gibt es jetzt entweder eine vernünftige gemeinsame Lösung, wo das Land sagt, wir kriegen eine neue Finanzverteilung hin, meinetwegen auch ohne Eingemeindungen oder sonst kriegen wir das Problem auf Dauer nicht gelöst.

Letzter Punkt, WOBAU, man kann auch allgemein sagen, Verkauf von Kommunalvermögen. Natürlich hat Herr Franke Recht, wenn wir es hinkriegen würden, auf einen Schlag 215 Millionen zu erzielen durch einen Verkauf, dann könnten wir unsere langfristigen Kredite, die wir haben, das sind ungefähr 215 Millionen, durch Sondertilgung auf Null setzen. Das haben wir schon einmal gemacht mit 40 Millionen. Das könnten wir machen. Das hätte aber zu dem Problem, was wir jetzt haben, nichts beigetragen. Ja, in Form der Zinsen von 15 Millionen o.k., aber Sie haben richtig gesagt, der Minister hat schon angekündigt, die weitere Reduzierung auf 18 Prozent Verbundquote. Jetzt sage ich mal die Zahl, was es für uns heißt, 40 Millionen, weitere 40 Millionen, Kürzungen bei uns. Und jetzt können Sie sagen, 20 Millionen kriegen Sie mit der WOBAU hin. Und was haben wir als nächstes dann noch? Krankenhaus bringt $\frac{1}{4}$ von der WOBAU, Flughafen können Sie morgen von mir kaufen, wenn Sie wollen, den verkaufe ich Ihnen sofort für einen Euro. Dann können Sie den betreiben. Damit habe ich kein Problem. Und was haben wir denn noch? Dann gibt es nur noch zwei Sachen, die man verkaufen kann. Das sind die Städtischen Werke und die Sparkasse. Und dann ist Schluss. Und wenn man das will, wenn man sozusagen jetzt, wo wir 2010 die doppische Buchführung einführen sollen, das gesamte Anlagenvermögen sozusagen auf Null setzt, dann ist man beschränkt, auf Deutsch gesagt, das zu tun. Dann haben Sie nichts mehr drin, was Sie belasten können in der doppischen Buchführung, wenn Sie kein Eigentum mehr haben. Aus den Städtischen Werken ziehen wir jedes Jahr mit allem, was dazugehört, Konzessionsabgabe, Steuern, 30 Millionen. Darum würde ich doch die nicht verkaufen. Und dann kommt die nächste Lücke und dann haben Sie nichts mehr, um etwas zu machen. Das heißt, es ist nicht die Lösung. Wir müssen jetzt gucken, ob wir Einnahmeerhöhungen hinbekommen oder Ausgabenreduzierung, die das Problem auf Dauer lösen in der entsprechenden Größenordnung. Und ich sage Ihnen eines, wenn das Land auf Dauer und alle anderen auf Dauer so weiter machen, keine Strukturen ändert, dann fährt das gesamte Land an die Wand, weil die Strukturen, wie sie jetzt sind, nicht finanzierbar sind. Dann wird uns immer Sachsen vorgehalten als das Paradebeispiel. Eingemeindungen haben die gemacht, sagen wir selber immer. Das ist gelaufen in Sachsen. Hat den Effekt in Leipzig, Dresden, Chemnitz auch getätigt. Jetzt machen wir eine Kreisreform. Brauche ich gar nicht beklagen, ist sowieso Geschichte. Ist ja so entschieden worden im Landtag mit dem Ergebnis, 11 Kreise und drei kreisfreie Städte. Sachsen macht jetzt eine Kreisgebietsreform und die haben doppelt so viele Einwohner wie Sachsen-Anhalt, auf 10 Kreise. Mecklenburg-Vorpommern hat es voriges Jahr gemacht auf 5 Kreise und hat bei den 5 Kreisen alle kreisfreien Städte abgeschafft. Wir kriegen das nicht gelöst in Sachsen-Anhalt.

Wir machen 11 Kreise und 3 kreisfreie Städte und gucken mal, wie es weitergeht und wissen genau, es ist nicht finanzierbar. Und darum kann ich nur sagen, das Problem liegt wirklich im Landtag, auch an den Mehrheitsverhältnissen im Landtag, dass man diese großen Aufgaben nicht angeht. Und wenn man das nicht macht, dann geht man sehenden Auges ins Chaos und fährt das Land an die Wand. Keiner kann eine Lösung sagen. Ich frage Minister der vorherigen Regierung, der jetzigen Regierung, keiner kann eine Lösung sagen. Man sieht nur die Ausgabeseite, vergisst aber die besondere Situation der Einnahmeseite. Und da nur mal zwei Zahlen, die wirklich deutlich alles beschreiben. Wir haben 2001 in Deutschland 22 Milliarden Gewerbesteuer gehabt. Wir haben heute 31 Milliarden in Deutschland. Und der Zuwachs war in den Jahren 2005 und 06. Von 2005 auf 2006 gibt es einen Gewerbesteuerzuwachs von 4 Milliarden. Davon 230 Millionen im Osten, 5 Prozent im Osten, der Rest im Westen. Das heißt, dass, was uns unterstellt wird, dass wir eigenes Aufkommen generieren können um zu kompensieren, die geringeren öffentlichen Mittel, geht ja noch nicht auf. Also heißt das für uns, wenn wir das akzeptieren, dass das so kommt, dass wir auf Westausgabenniveau gehen, aber leider nicht Westeinnahmenniveau haben, dann können wir nur unser Niveau auf der Ausgabenseite reduzieren auf ein Niveau von Entwicklungsländern. Wir können das alles nicht mehr bezahlen, woher denn. Und darum wird das so nicht aufgehen. Entweder kriegen wir das hin, dass wir die Einnahmen auch bekommen aus den Aufgaben oder wir gehen auf ein Ausgabeniveau, was mit dem im Westen nicht mehr vergleichbar ist. Und damit sind wir nicht mehr konkurrenzfähig und es wird niemand mehr motiviert sein, zu uns zu kommen, keine jungen Menschen und auch keine anderen, die bei uns wohnen wollen und arbeiten wollen. Das ist die bittere Wahrheit, die man daraus schließen muss. Es gibt nur einen Weg, dass man das eigene Aufkommen steigert, und diese Frage ist bisher ungelöst und darum ist das Benchmarking der Ausgabenseite eine Seite der Medaille, die andere ist die Einnahmeseite. Wir haben auch kein Privataufkommen um Kulturförderung zu machen. Es gibt keine Stiftungen bei uns, die Millionen in Kulturförderung geben können. Alles nicht da, darum geht das so nicht auf.

Fazit: Ich kann Sie nur bitten, der Drucksache heute zuzustimmen und dann gemeinsam mit der Verwaltung, mit mir auch, bis 30. 6. Vorschläge zu erarbeiten, möglicherweise auch früher, am besten früher, um den Beschluss zu fassen und die Auflagen wegzukriegen, dass wir einen Haushalt haben, den wir auch vollziehen können und wo wir auch sagen können wir können wieder einem Verein, z.B. einem Blindenverein, Geld geben. Um so früher, um so besser. Aber sich zu verweigern und zu sagen, wir sind da ganz böse und wollen das nicht mitmachen, das hilft uns nicht. Das schadet uns, Herr Brüning. Da kann ich Sie nur bitten, das zu überdenken. Diese Verweigerungshaltung hilft niemandem.